newsletter der SPD-Fraktion



S. 02

Inhalt:
City- Offensive Papenburg S. 01 Wahl des Stadtbaurates S. 02

November 2015

08.11.2015

Sitzung des Wirtschafts- und Tourismusausschusses am 03.11.2015

SPD-Mitglieder im Ausschuss: Maureen Bamming, Ludger Husmann

City-Offensive Papenburg / Gründerzentrum Papenburg

Die SPD-Fraktion hatte am 25.02.15 in einer Presseerklärung die Stadt aufgefordert, gegen den Leerstand von Geschäften etwas zu unternehmen. Jetzt hat sie reagiert.

Die Stadt Papenburg wird ab 01.08.2016 im Rahmen der City-Offensive Papenburg und im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel zur Reaktivierung leerstehender Einzelhandelsimmobilien in Citylagen einmalige Investitionszuschüsse gewähren. Im Anschluss an eine solche Investition können für Einzelhandelsnutzungen mit zentrenrelevanten Sortimenten Mietzuschüsse zeitlich begrenzt gewährt werden. Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht. Details regelt eine Richtlinie, die vom Rat der Stadt Papenburg beschlossen wird.

Dieser Regelung hat die SPD-Fraktion zugestimmt, obwohl sie sich darüber im Klaren ist, dass wegen der begrenzten Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, eher Mitnahmeeffekte erzielt werden.

Gleichzeitig stimmte der Ausschuss mit den Stimmen der SPD dafür, dass die Förderung des privaten Gründerzentrums Papenburg mit dem Ablauf des 31.07.2016 eingestellt wird. Die frei werdenden Haushaltsmittel werden ab dem 01.08. 2016 für das neue Projekt "City-Offensive Papenburg" eingesetzt.

Folgende Eckdaten sollen für die Programme gelten:

Modernisierungsprogramm

Ein Modernisierungszuschuss soll in dem konkreten Quartier dann bewilligt werden, wenn eine bisher noch nicht durchgeführte Modernisierung einer Leerstands-Immobilie durch den Eigentümer oder Mieter stattfindet. Der Leerstand muss mindestens 6 Monate bestanden haben. Gefördert werden Investitionen im Bereich der Außenfassaden, Schaufenster, Eingänge oder vergleichbarer Gewerke, die stadtbildprägend sind. Die Maßnahme muss geeignet sein, eine positive Aufwertung des äußeren Erscheinungsbildes zu gewährleisten.

Pro Leerstandsobjekt soll ein nichtrückzahlbarer Zuschuss von 20 % der Netto-Investitionskosten, maximal 4.000 Euro, gezahlt werden. Die Mindestinvestition muss dabei 5.000 Euro (netto) betragen. Die Investition ist durch Rechnungen nachzuweisen. Eigenleistungen werden nicht berücksichtigt.

Eine erneute Förderung ist frühestens nach Ablauf von 5 Jahren möglich. Die Bewilligung erfolgt zweckgebunden für eine anschließende Einzelhandelsnutzung im Erdgeschoss der geförderten Immobilie. Eine geförderte Einzelhandelsimmobilie muss ab dem Datum der Bewilligung mindestens zwei Jahre für den Einzelhandel genutzt werden. Ein Anspruch auf Zuschuss besteht nicht.

Mietzuschussprogramm zur Leerstandsbeseitigung

Vorstellung des Demografieberichtes

Hat eine Immobilie in dem maßgebenden Quartier mehr als 6 Monate leer gestanden und ist eine Modernisierung im Sinne des Modernisierungsprogramms durchgeführt worden, können Mieter, die diese Immobilie für Einzelhandelszwecke nutzen wollen, im Anschluss einen zeitlich befristeten Mietzuschuss auf die Netto-Kaltmiete ohne Nebenkosten/-anteile beantragen. Der Mietzuschuss beträgt für tatsächlich gezahlte Mieten 2,-- Euro je Quadratmeter Mietfläche, maximal 250 Euro pro Monat und wird für maximal 12 Monate gewährt. Mietverträge müssen eine Mindestlaufzeit von zwei Jahren haben. Förderfähig sind ausschließlich Mietverträge für Einzelhandelsnutzungen in Erdgeschossflächen, die dem Verkauf zentrenrelevanter Sortimente dienen. Die zentrenrelevanten Sortimente bestimmen sich nach dem Einzelhandelsgutachten der Stadt Papenburg (CIMA-Gutachten). Ausgeschlossen sind damit ausdrücklich Mietverträge für Vergnügungsstätten und Spielstätten sowie ähnliche Einrichtungen und auch für reine Dienstleistungsbetriebe/freie Berufe. Untermietverhältnisse werden nicht gefördert.

Der Wirtschafts- und Tourismusausschuss soll in der jeweils letzten Sitzung eines Jahres über die Verwendung der Mittel informiert werden.

Kritisiert wurde von der SPD-Fraktion, dass die Gebiete, für die das Programm in Aschendorf, Untenende und Obenende zu groß geschnitten sind.

08.11.2015

SPD45/2015

Sitzung des Rates am 04.11.2015

Wahl des Stadtbaurates

Rund 30 Bewerbungen waren bei der Stadt eingegangen, Nach Wertung der Bewerbungsunterlagen durch die Verwaltung und die Fraktionen wurden am 06.10./09.10.2015 mit 5 Bewerbern zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden sowie dem Vorsitzenden des Bauausschusses die ersten Vorstellungsgespräche geführt. Die SPD-Fraktion hatte für diese Runde einen Mann und 2 Frauen vorgeschlagen. Davon wurde aber nur der männliche Kandidat berücksichtigt. Unser Kandidat hatte als Einziger Erfahrungen im Hafenbau. Für die weitere Vorstellungsrunde wurde er nicht berücksichtigt.

Mit den Favoriten fand am 16.10.2015 vor dem ratsoffenen Verwaltungsausschuss und unter Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten eine zweite Vorstellungsrunde statt.

In der Gesamtbewertung (Bewerbungsunterlagen, Qualifikation, Berufserfahrung, Vorstellungsgespräche) überzeugte Herr Rautenberg für die Stellenbesetzung als Stadtbaurat den Bürgermeister, der das alleinige Vorschlagsrecht für die Stelle hat.

Die SPD-Fraktion hielt keinen der Bewerber für 100% geeignet. Alle Bewerber hatten einen Karriereknick. Es

zeigte sich nach unserer Auffassung, dass nach den Ereignissen der vergangenen Jahre, die Stadt Papenburg nicht unbedingt attraktiv für die Besetzung einer leitenden Stelle in der Verwaltung ist. Die SPD-Fraktion stimmte für Jürgen Rautenberg, um die Bauverwaltung wieder handlungsfähig zu machen und um ein Signal für eine Zusammenarbeit mit dem künftigen Stadtbaurat zu setzen.

Der Kandidat des Bürgermeisters war Jürgen Rautenberg, 51 Jahre und derzeit Er ist Amtsleiter Bauordnung/Stadtplanung in Ratingen. ist Dipl.-Ing. des Studiengangs Raumplanung und hat zudem die Große Staatsprüfung für den höheren technischen Verwaltungsdienst der Fach-richtung Städtebau abgelegt. Er war 18 Jahre Planungsamts-leiter der Stadt Haan (ca. 30.000 Einwohner). Seit 2012 leitet er als städtischer Baudirektor das Amt für Stadtplanung, Vermessung und Bauordnung in Ratingen (ca. 60.000 Einwohner). Er verfügt über eine langjährige Führungserfahrung in der Kommunalverwaltung und ist bereit, seinen Wohnsitz in Papenburg zu nehmen.

Bei nur drei Enthaltungen der FDP wurde Jürgen Rautenberg einstimmig gewählt.

Vorstellung des Demografieberichts für die Stadt Papenburg

Ems-Zeitung 06.11.20115

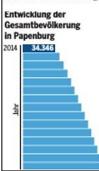
Papenburg verliert junge Familien mit Kindern

Demografie: Einwohnerzahl steigt bis 2030 aber auf 35 600

Von Gerd Schade

PAPENBURG. Papenburg wächst, verliert aber junge Familien mit kleinen Kindern. Das geht aus einem Demografiebericht hervor, den die Stadtverwaltung nach zweijähriger Arbeit jetzt vorgestellt hat. Demnach wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 voraussichtlich um 3,6 Prozent auf rund 35 600 steigen.

Damit trotzt die Fehnstadt dem Bundestrend, wie Markus Schöfer vom Büro Demographie Kommunal in der jüngsten Ratssitzung in der Aula der Heinrich-von-Kleist-Schule erläuterte. Das Büro hat die Verwaltung bei



der Erarbeitung des Berichts unterstützt. Einziger Motor des erwarteten Wachstums sei Zuwanderung, sagte Schöfer.

Die aktuellen Entwicklungen der Flüchtlingspolitik spielen in dem knapp 100-seitigen Bericht allerdings keine Rolle. Sie blieben bei der Erstellung Prognose unberücksichtigt, weil sie nicht absehbar seien, erläuterte Stadtsprecher Heiko Abbas.

Stadtsprecher Heiko Abbas.

Der Demografiebericht soll Handlungsgrundlage für künftige Weichenstellungen in der Stadtpolitik und in der Ratssitzung am 16. Dezember verabschiedet werden. Bis dahin sind die Ratsmitglieder aufgefordert, die Daten und Ergebnisse zu bewerten. "Damit haben wir eine Unterstützung und einen Leitfaden für die Arbeit in den Gremien", erklärte Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (CDU). Fortan gelte es, den Bericht mit Leben zu füllen, ergänzte Abbas.

In dem Bericht sind elf Handlungsfelder mit entsprechenden Empfehlungen aufgelistet. Dazu zählen unter anderem Nutzung innen liegender Flächen für Wohnraum vor allem am Untenende, die Schaffung attraktiver Zentren insbesondere in Nahversorgers für den Übergang zwischen Oben- und Untenende, mobile Hausarztpraxen, die Förderung des Zuzugs junger Familien sowie die Schaffung weiterer Krippenangebote.

Schöfer zufolge verliert Papenburg im Zuge des Wanderungsaustauschs iungen Familien mit kleiner Kindern. Hier gelte es gegen steuern, sagte der Geogra und empfahl Politik und Ver waltung in seiner Kurzprä sentation vor dem Rat, fami lienfreundlicher zu werden Von der Abwanderung jun ger Familien sei vor allen der Ortsteil Untenende mi Bokel betroffen. Im Gegen zug nimmt auch in Papen burg die Zahl der Seniorer und Hochbetagten signifi kant zu. Für sie wird die Stadt dem Bericht zufolge an Attraktivität verlieren, Reiz voll erscheint Papenburg al Wohnstandort hingegen in Zukunft für junge Erwachse ne, die ins Berufsleben star ten, sowie für ältere Er werbstätige.

Ein Blick auf die Alters struktur zeigt, dass die Bevöl kerung in der Fehnstadt ins gesamt vergleichsweise jung ist. Der Prognose zufolge wird sie von durchschnittlich 41,8 im Jahr 2014 auf 43,9 im Angaben des Landesamtes für Statistik Ende 2013 bei 44,2 Jahren. 2031 soll es bei 47,7 Jahren liegen.

CDU-Fraktionschef Hermann Wessels mahnte den hoch, die Altersstruktur im Auge zu behalten. Den Bericht wertete er als gute Anbeitsgrundlage. Peter Raske (SPD) gab zu bedenken, dass sich die Zahlen wegen der Flüchtlingslage ganz anders als prognostiziert entwickeln könnten und man die Expertise in dem Moment "über den Haufen werfen" könne, wenn beispielsweise in sehlimmsten Fall die Meyer Werft ihre Tore in Papenburg schließen würde. Marion Terphalle (FDP) empfahl den Be-

Wirtschaft, weil in der positiven Prognose deutlich werde, dass es sich in Papenburg nicht nur zu leben, sondern auch zu investieren lohne. Der Demografiebericht kann auf der Homepage der Stadt, www.papenburg.de, heruntergeladen werden.



Der Demografiebericht ist mit seinen Prognoseaussagen nur so gut ist wie die Annahmen, die für die Prognose gemacht wurden.

Die SPD-Fraktion wird diese Annahmen kritisch hinterfragen vor dem Hintergrund, dass aus dem Demografiebericht 11 Handlungsfelder für die Stadtpolitik abgeleitet werden und auf der Ratssitzung im Dezember 2015 verabschiedet werden sollen.

Die Handlungsfelder sind: 1. Siedlungsentwicklung, 2. Nahversorgung, Arztpraxen und Apotheken, 3. Mobilität, 4. Infrastruktur, 5. Arbeit und Wirtschaft, 6. Betreuung und Pflege, 7. Bildung, 8. Jugend, 9. Freizeit und Ehrenamt, 10. Kultur und 11. Verwaltungsmanagement.

Schon jetzt wird nach einer ersten Durchsicht deutlich, dass die Empfehlungen für die Handlungsfelder kaum aus den Daten hergeleitet werden können.